

Beschlüsse des Internationalen Polizeikongresses in Wien.

(3.—7. September 1923.)

Resolutions du Congrès International de police à Vienne.

(3.—7. Septembre 1923.)

I.

In der Erkenntnis dessen, daß der Kampf gegen das internationale Verbrechen nur durch ein enges Zusammenwirken der Sicherheitsbehörden aller Kulturstaaten mit Erfolg durchgeführt werden kann, beschließt der im September 1923 in Wien tagende Internationale Polizeikongreß die Errichtung einer „Internationalen kriminalpolizeilichen Kommission“, welche ihre Tätigkeit sofort aufzunehmen hat.

Er beschließt weiters für diese Kommission folgende Geschäftsordnung:

§ 1. Zweck der „Internationalen kriminalpolizeilichen Kommission“ ist:

a) Die Verbürgung und Ausgestaltung gegenseitiger, weitestgehender Amtshilfe aller Sicherheitsbehörden im Rahmen der in den einzelnen Staaten bestehenden Gesetze;

b) die Sorge für die Schaffung und Ausgestaltung aller Einrichtungen, welche geeignet sind, den Kampf gegen das gemeine Verbrechen erfolgreich zu gestalten.

§ 2. Der Sitz der „Internationalen kriminalpolizeilichen Kommission“ ist Wien, solange nicht im Plenum eine andere Stadt hierfür bestimmt wird.

§ 3. Die Mitglieder der „Internationalen kriminalpolizeilichen Kommission“ werden von dem in Wien derzeit tagenden Polizeikongresse in der Weise gewählt, daß jeder Staat durch mindestens einen Abgeordneten vertreten ist.

Die Regierungen jener Staaten, die auf dem derzeit tagenden Polizeikongresse nicht vertreten sind, sind einzuladen, ihre Vertreter zu benennen.

Weiters können als Mitglieder alle jene Bewerber zugelassen werden, von denen eine wirksame Förderung der Zwecke der „Kommission“ zu erwarten ist. Über die Aufnahme solcher Bewerber entscheiden die Mitglieder der Kommission mit Stimmenmehrheit.

En considération que la lutte contre les criminels internationaux ne peut être effectuée avec succès qu'au moyen d'une coopération étroite des autorités de police de tous les états cultivés, le Congrès International de police s'assemblant à Vienne en Septembre 1923 a décidé de fonder une „Commission Internationale de la police criminelle“, dont l'activité commencera de suite.

Le congrès établit en outre les statuts suivants pour cette commission:

§ 1. Le but de la „Commission Internationale de la police criminelle“ est:

a) la garantie et le perfectionnement de la plus large assistance réciproque entre toutes les autorités de police selon les lois des divers états;

b) la création et le perfectionnement de toutes les dispositions et organisations qui sont aptes à favoriser la lutte contre les criminels.

§ 2. La „Commission Internationale de la police criminelle“ a son siège à Vienne, tant que le congrès ne désignera pas une autre ville.

§ 3. Les membres de la „Commission Internationale de la police criminelle“ seront élus par le Congrès International de police assemblé en ce moment à Vienne de telle manière que chaque état soit représenté au moins par un délégué.

Les gouvernements des états qui ne sont pas représentés à ce Congrès International de police seront invités à désigner leurs représentants.

De plus tous les candidats, desquels on peut attendre une aide efficace pour le but de la Commission, peuvent être admis comme membres. La majorité des membres de la Commission décide de leur admission.

§ 4. Die Leitung und Vertretung der „Internationalen kriminalpolizeilichen Kommission“ obliegt jenen Funktionären, denen die Leitung des jeweils letzten Kongresses, respektive der letzten Tagung der Kommission, als Präsident, beziehungsweise stellvertretende Präsidenten übertragen war.

§ 5. Dem Präsidenten ist zur Besorgung der Geschäfte ein Verwaltungsausschuß beigegeben, der aus fünf Referenten und einem Sekretär besteht. Zwei dieser Referenten sowie der Sekretär sind den Sicherheitsbehörden jenes Staates zu entnehmen, dem der Präsident der Kommission angehört.

Der Verwaltungsausschuß wird von den Mitgliedern der Kommission aus ihrer Mitte mit Stimmenmehrheit gewählt und übt seine Funktion jeweils bis zur nächsten Tagung der Kommission aus.

Dem Präsidenten steht das Recht zu, wenn es die Besorgung der Geschäfte erfordert, fallweise aus besonderen Anlässen noch weitere Referenten zu bestellen.

§ 6. Für den geschäftlichen Verkehr mit dem Präsidenten wählen die Mitglieder der Kommission staatenweise je einen Korrespondenten, soweit sie nicht ohnehin durch einen Referenten im Verwaltungsausschusse vertreten sind.

§ 7. Anträge der Mitglieder über Gegenstände, die in den Wirkungskreis der Kommission fallen, sind schriftlich an den Präsidenten zu leiten, der sie nötigenfalls den Referenten zur Bearbeitung zuweist.

Die Beschlußfassung über solche Anträge erfolgt im Plenum der Kommission.

§ 8. Der Präsident beruft die Kommission alljährlich zu einer ordentlichen Sitzung ein. Zugleich mit der schriftlichen Einladung ist die in Aussicht genommene Tagesordnung bekanntzugeben.

§ 9. Zur Beschlußfassung ist die Anwesenheit mindestens der Hälfte der Mitglieder sowie die Stimmenmehrheit erforderlich.

Der Präsident hat das Recht, eine Beschlußfassung in dringenden Fällen, wenn die Versammlung nicht tagt, auch im schriftlichen Wege zu veranlassen.

§ 10. Änderungen und Ergänzungen dieser Geschäftsordnung beschließt die „Internationale kriminalpolizeiliche Kommission“ mit Stimmenmehrheit.

§ 4. Les présidents, resp. sous-présidents du dernier congrès ou de la dernière assemblée de la commission sont chargés de la direction et représentation de la „Commission Internationale de police criminelle“.

§ 5. Un comité administratif, composé de cinq rapporteurs et d'un secrétaire est adjoint au président pour les affaires. Deux de ces rapporteurs et le secrétaire seront élus parmi les fonctionnaires des autorités de la sûreté publique de l'état, auquel appartient le président de la Commission.

Le comité administratif est élu avec majorité par les membres de la commission du milieu de celle-ci et exerce sa fonction jusqu'à la prochaine assemblée de la Commission.

Si les affaires l'exigent le président est autorisé, pour causes extraordinaires de nommer quelques rapporteurs de plus.

§ 6. Pour se mettre en relation avec le président les membres de la commission nomment un correspondant de chaque état n'étant pas déjà représenté dans le comité administratif par un rapporteur.

§ 7. Les propositions des membres sur des objets concernant la compétence de la commission sont à adresser par écrit au président, qui au besoin les assigne aux rapporteurs pour la revision.

L'assemblée de la commission décide de telles propositions.

§ 8. Chaque année la commission sera convoquée par le président à une séance ordinaire. L'ordre du jour proposé sera communiqué en même temps.

§ 9. La présence d' au moins la moitié des membres ainsi que la pluralité des voix est nécessaire pour prendre des résolutions.

En cas d'urgence, si la commission n'est pas assemblée, le président a le droit, de faire prendre des résolutions par écrit.

§ 10. La Commission Internationale de la police criminelle décide avec majorité des changements et suppléments de ces statuts.

II.

1. Der Kongreß erklärt den unmittelbaren zwischenstaatlichen Verkehr der Sicherheitsbehörden zum Zwecke der gegenseitigen Amtshilfe und die Ausschaltung jedes Mittelglieders hiebei, insbesondere des

1. Le congrès déclare qu'il est indispensable pour une fonction efficace de la police criminelle que les autorités de la sûreté publique de tous les états soient en relations directes et que chaque médiation

diplomatischen Weges, als im Interesse einer zweckentsprechenden kriminalpolizeilichen Gebarung unentbehrlich und beauftragt die Vertreter der erschienenen Polizeibehörden, bei ihren Regierungen dahin wirksam zu werden, daß dies auch im Wege zwischenstaatlicher Vereinbarungen als allgemein gültig anerkannt und verwirklicht werde. Hierbei wäre die Regelung der Frage, welche Behörden in jedem einzelnen Lande als zu diesem Verkehr autorisiert zu gelten haben, den Regierungen der einzelnen Staaten anheim zu stellen.

2. Insoferne ein solcher Verkehr zwischen den Behörden einzelner Staaten bereits besteht, ist er nach Tunlichkeit in dem Sinne auszugestalten, daß die Behörden einander das größte Entgegenkommen betätigen.

3. Die hier erschienenen Vertreter polizeilicher Behörden erklären, daß die von ihnen vertretenen Behörden einander gegenseitig und — unter Voraussetzung der Reziprozität — auch anderen Polizeibehörden Hilfe, unter Betätigung des weitestgehenden Entgegenkommens — soweit es nur im Rahmen der Gesetze ihrer Länder zulässig ist — leisten und insbesondere allen an sie gestellten Verlangen unter der erwähnten Einschränkung entsprechen werden.

4. Was insbesondere Requisitionen um Verhaftung anbelangt, erklären sich die Vertreter jener Staaten, in denen im Sinne der bestehenden Gesetze einem solchen Verlangen nur bei Vorliegen eines gerichtlichen Haftbefehles samt Auslieferungsbegehren stattgegeben werden kann, damit einverstanden, daß bei Verfolgungen wegen gewisser schwerer Verbrechen in Fällen, wo infolge Dringlichkeit die erwähnten Requisite noch nicht erwirkt werden konnten, über vorläufiges telegraphisches oder telephonisches Ersuchen der Täter, falls er ermittelt wird, solange polizeilich überwacht wird, bis das innerhalb einer bestimmten Frist zu stellende, auf die erwähnten Requisite gestützte Begehren um Verhaftung gestellt wird.

Der Kongreß bezeichnet die Zuerkennung der Porto- und Gebührenfreiheit der internationalen kriminalpolizeilichen Korrespondenz, und zwar sowohl der schriftlichen als auch der telegraphischen und telephonischen, als ein dringendes Erfordernis für eine gedeihliche kriminalpolizeiliche Gebarung und beauftragt die erschienenen Vertreter, bei ihren Regierungen dahin zu wirken, daß die Zuerkennung dieser Begünstigung für die kriminalpolizeiliche Korrespondenz allgemein eingeführt werde.

Die Einführung von konventionalen uniformen Bezeichnungen der zur internationalen Korrespondenz autorisierten Behörden dermaßen, daß alle derartigen

surtout l'intervention diplomatique, soit évitée. Les gouvernements des divers états auraient à fixer les autorités autorisées à se mettre en ces relations directes. Le congrès charge les représentants des autorités de police d'agir auprès de leurs gouvernements pour l'admission et réalisation de ces principes par la voie des conventions internationales.

2. De telles relations existant déjà entre les autorités des états particuliers seront développées autant que possible et de telle manière, que les autorités de police se facilitent réciproquement leurs devoirs.

3. Les représentants des autorités de la sûreté publique apparus au Congrès déclarent, que les autorités remplacées par eux s'assisteront mutuellement. Elles s'engagent de même à aider aux autres autorités de police en cas de réciprocité, et à correspondre à toutes les réquisitions dans la limite des lois.

4. Quant à l'arrestation des personnes les représentants des états, dans lesquelles selon les lois une telle réquisition ne doit être admise qu'en vertu d'un mandat d'arrêt judiciaire et d'une demande d'extradition consentent, qu'en cas de poursuite, pour certains crimes graves, où le mandat d'arrêt judiciaire et la demande d'extradition n'ont pas pu encore être obtenus, le malfaiteur trouvé à force de recherches sera surveillé par la police, même à la suite d'une réquisition télégraphique ou téléphonique jusqu'à ce que dans un certain délai la demande d'arrêt fondée sur le mandat judiciaire, resp. sur la demande d'extradition soit présentée.

Le congrès considère comme indispensable, que chaque sorte de correspondance internationale de la police criminelle soit franche de port, et charge les représentants apparus au congrès d'agir auprès de leurs gouvernements pour faire passer cette faveur.

Le congrès considère comme très avantageux de fixer — et cela en voie d'une convention — que les autorités de police, autorisées à la correspondance in-

Behörden eines Landes zu Korrespondenzzwecken eine einheitliche Bezeichnung führen, wird als empfehlenswert bezeichnet, ebenso die Einführung einer analogen, kürzeren Bezeichnung für telegraphische Korrespondenz.

Ebenso wird die Annahme einer einheitlichen Anordnung der Requisitionen zum Zwecke der Übersichtlichkeit und leichteren Erfassung nach einem dem Antrage des Hofrates Dr. Schultz beigelegten Muster empfohlen.

Der Kongreß beschließt, daß ein Internationaler Code für den telegraphischen Verkehr der Polizeibehörden eingeführt werde.

Den Entwurf des Code hat ein zu diesem Zweck gebildeter Ausschuß der „Internationalen kriminalpolizeilichen Kommission“ auszuarbeiten.

Unbeschadet des Grundsatzes, Requisitionen in jeder Sprache zu erledigen, richtet der Kongreß an seine Mitglieder das Ersuchen, sich bei der Korrespondenz womöglich nur der deutschen, englischen, französischen oder italienischen Sprache zu bedienen.

Die Frage, ob nicht auch das Esperanto im Korrespondenzverkehr anzuwenden sei, wird dem mit der Zusammenstellung des Code befaßten Ausschusse zum Studium zugewiesen.

Die hier erschienenen Vertreter von Polizeibehörden erklären, daß die von ihnen vertretenen Behörden im Interesse der Bekämpfung des gemeinen Verbrechertums bereit sind, bei der Behandlung von Anfragen über zugereiste Fremde im Rahmen der Gesetze einander dasselbe Entgegenkommen zu betätigen, wie bei der Verfolgung flüchtiger Verbrecher.

Insoferne ein solches Entgegenkommen in einzelnen Staaten bisher nicht zulässig sein sollte, verpflichten sich die Delegierten dieser Länder, an ihre Regierungen zum Zwecke der Abänderung der einschlägigen Bestimmungen im Wege der Gesetzgebung oder durch Verfügung der zuständigen Behörde heranzutreten.

Die hier erschienenen Vertreter polizeilicher Behörden erklären, daß die von ihnen vertretenen Behörden auch bei Ersuchen wegen Anhaltung Minderjähriger, die ihren Eltern, Vormündern oder sonstigen zu ihrer Pflege und Überwachung berufenen Personen entwichen sind, einander dasselbe Entgegenkommen wie bei Requisitionen kriminalpolizeilicher Natur entgegenbringen werden.

ternationale, portent un titre commun, abrégé encore pour la correspondance télégraphique.

En outre il serait désirable pour plus de clarté de rédiger les réquisitions dans une forme homogène d'après un modèle proposé par Dr. Schultz au congrès.

III.

Le congrès décide que les autorités de police se servent d'un code international pour leur correspondance télégraphique.

Le projet de ce code sera composé par un comité destiné à ce but par la Commission Internationale de la police criminelle.

Bien qu'il soit admis que chaque pays corresponde en sa langue, le Congrès prie ses membres de se servir autant que possible seulement des langues allemande, anglaise, française ou italienne pour la correspondance internationale.

La question de l'usage de l'Esperanto pour la correspondance internationale sera étudiée par le comité destiné à la composition du code international.

IV.

Le représentants des autorités de police apparus au congrès déclarent que dans l'intérêt de la lutte contre la criminalité leurs autorités seront prêtes à s'aider mutuellement dans la limite des lois, en ce qui concerne les renseignements à donner sur les étrangers de même que pour la poursuite des criminels fugitifs.

Dans le cas où cela ne soit pas admis dans quelques états, les représentants de ces pays s'engagent de s'adresser à leurs gouvernements afin que ces dispositions soient changées par une nouvelle loi ou par ordre de l'autorité compétente.

V.

Enfin les délégués déclarent que les autorités représentées par eux préviendront les demandes de détention des personnes mineures échappées à leurs parents ou protecteurs de la même manière que les réquisitions déjà mentionnées.

VI.

Die anwesenden Delegierten erklären die Einführung eigener, speziell mit der Behandlung der Münz- und Kreditpapierfälschung, respektive Scheck- und Paßfälschungen sowie der internationalen Taschendiebe betrauter Dienststellen, und zwar für jeden Staat je eine, als zweckmäßig und empfehlenswert und verpflichten sich, bei ihren Regierungen für die Einführung solcher Zentralstellen sich einzusetzen.

Les délégués déclarent qu'il serait de première importance d'établir dans chaque pays un office pour le traitement des falsifications des monnaies, des papiers de valeur, des chèques et des passeports ainsi que pour le traitement des „pickpockets“. Ils s'engagent de plus à agir auprès de leurs gouvernements pour le fondement de ces offices centraux.

VII.

Der Kongreß erklärt es als wünschenswert:

Le congrès déclare qu'il serait désirable

1. Die Entscheidung über eine Auslieferung den Gerichten allein zu übertragen und dieselbe nicht der Genehmigung einer Verwaltungsstelle zu unterziehen;

1. que la décision de l'extradition d'une personne soit laissée seulement aux autorités judiciaires et qu'il ne soit pas nécessaire, qu'elle soit agréée par une autorité administrative;

2. in Auslieferungsfällen nur ganz ausnahmsweise von der Haftverhängung abzusehen und solche Häftlinge in jeder Richtung denselben Beschränkungen, insbesondere hinsichtlich Besprechungen und schriftlichen Verkehrs mit dritten Personen zu unterwerfen, wie die eigenen inländischen Untersuchungshäftlinge;

2. qu'en cas d'extradition on ne fasse qu'exceptionnellement abstraction de l'arrestation et qu'en ce qui concerne les entretiens et la correspondance les personnes arrêtées soient soumises aux mêmes restrictions que les détenus pendant l'instruction;

3. im Falle der Notwendigkeit der Durchlieferung durch einen oder mehrere andere Staaten zugleich mit dem Ansuchen um Auslieferung auch das um Durchzugsbewilligung zu stellen;

3. que dans le cas où un ou plusieurs états doivent être passés, on en demande la permission en même temps que celle de l'extradition;

4. einem Ansuchen seitens einer auszuführenden Person unter Verzicht auf das förmliche Auslieferungsverfahren um sofortige formlose Überstellung stattzugeben, ausgenommen, wenn

4. que la prière d'une personne désirant être rendue de suite sans la procédure de l'extradition, soit concédée excepté

a) dieselbe als Inländer nicht ausgeliefert werden kann;

a) lorsqu'il s'agit d'un indigène;

b) es sich um ein Delikt handelt, welches im Verhältnisse der beiden Staaten überhaupt kein Auslieferungsdelikt bildet;

b) lorsqu'il s'agit d'un délit, qui, d'après les conventions existantes, ne peut donner cause à une extradition;

c) die Person einem Staate als Staatsbürger angehört, dessen Zustimmung oder zumindest Äußerung vor der Auslieferung eingeholt werden muß;

c) lorsque la personne en question est citoyen d'un état dont le consentement ou l'avis doit être demandé avant l'extradition;

5. daß die an der tatkräftigen Bekämpfung des internationalen Verbrechertums interessierten Staaten einen Kollektivvertrag, betreffend die Auslieferung flüchtiger, eines gemeinen Verbrechens beschuldigter und mittels gerichtlichen Haftbefehles verfolgter Personen abschließen, der so gehalten ist, daß darin die Verbrechen, derentwegen Auslieferung stattfindet, taxativ — gültig für sämtliche Vertragsstaaten — aufgezählt sind, oder daß er die Bestimmung enthält, daß für die Beurteilung der Zulässigkeit der Auslieferung nur das Recht des er-

5. que les états intéressés à la lutte efficace contre la criminalité internationale concluent un traité collectif concernant l'extradition des personnes fugitives imputées d'un crime de droit commun et poursuivies par un mandat d'arrêt. Ce traité doit contenir soit l'énumération complète des crimes, pour lesquels l'extradition peut avoir lieu dans tous les états contractants, soit la disposition, que la permission d'extradition ne soit donnée que d'après les lois de l'état requérant. De même il faudrait prendre en considération que la procédure soit simplifiée et abrégée autant que possible et que

suchenden Staates maßgebend sei. Hierbei wäre auch darauf Bedacht zu nehmen, daß das Verfahren möglichst vereinfacht und verkürzt, insbesondere der diplomatische Weg ausgeschaltet und auch sonst alles so eingerichtet wird, daß auch die Modalitäten, unter denen die Verhaftung auszusprechen ist, einheitlich und einfach gestaltet sind;

6. daß dieselben Staaten in Vervollständigung der Wirkung dieses Vertrages auch dahin übereinkommen, daß eingereiste Personen, gegen die vom Auslande aus unter der Beschuldigung eines gemeinen Verbrechens ein gerichtlicher Haftbefehl erlassen wurde, auch wenn kein Auslieferungsbegehren gestellt wird, aus dem Gaslande auszuweisen sind, jedoch mit der Einschränkung, daß ihnen bei ihrer Außerlandschaffung freizustellen wäre, die Grenze, an die sie zu befördern sind, selbst zu bestimmen;

7. daß die Staaten dahin übereinkommen, daß für den Schriftwechsel in Auslieferungssachen Portofreiheit und Expresbeförderung eingeräumt wird, dann aber, daß die Beförderung sowohl der Häftlinge, als auch der Begleitpersonen kostenfrei erfolgt, so daß als effektive Kosten nur die Gebühren für das Begleitpersonal und die Auslagen für die Verköstigung des Häftlings überblieben, und daß jener Teil, der für ein Durchzugsland in Betracht kommt, von diesem zu tragen ist;

8. daß die genannten Staaten im Wege eines Kollektivvertrages für alle vertragschließenden Teile verbindliche Grundsätze über die strafgerichtliche Verantwortlichkeit der eigenen Staatsbürger für im Auslande begangene strafgesetzwidrige Handlungen vereinbaren, die sodann der Strafgesetzgebung der einzelnen Staaten zugrunde zu legen sind.

surtout la médiation diplomatique soit évitée;

6. que ces mêmes états s'entendent pour que les personnes, frappées d'un mandat d'arrêt émis par l'étranger pour un crime de droit commun, sans que la demande d'extradition soit présentée, soient bannies du pays, où elles séjournent, en leur laissant toutefois le choix de la frontière à laquelle elles désirent être transportées;

7. que les états consentent à ce que la correspondance sur ce qui concerne l'extradition soit franche de port et expédiée par exprès; de plus que le transport soit effectué sans aucun frais de sorte que l'alimentation seule de la personne transportée et les indemnités de l'escorte soient à payer. Ces dépenses seront réparties entre les pays à traverser;

8. que les états susdits concluent un traité collectif concernant les principes de la responsabilité de ses indigènes dans les délits commis à l'étranger. Ces principes seraient à prendre comme base pour les codes pénaux des états particuliers.

VIII.

Der Kongreß hält auf Grund der bisherigen Erfahrungen das von Hakon Jörgensen ausgebaute System der Fernidentifizierung für ein überaus wirksames Mittel zur raschen und verlässlichen Personenfeststellung internationaler gewerbsmäßiger Verbrecher. Er beauftragt die Vertreter der erschienenen Polizeibehörden, bei ihren Regierungen dahin zu wirken, daß zunächst alle bis jetzt im Tauschverkehr mit dem Auslande stehenden daktylooskopischen Zentralstellen Fingerabdruckdoubletten sämtlicher internationaler gewerbsmäßiger Verbrecher an das zur Zeit in Kopenhagen befindliche Fernidentifizierungsbureau senden, um die Schaffung eines tunlichst vollständigen Registers dieser Verbrecher zu ermöglichen.

Le congrès est d'avis en se basant sur les expériences faites jusqu'à présent que le système d'identification à distance d'après Hakon Jörgensen est un moyen très pratique pour fixer vite et sûrement l'identité des criminels internationaux. Il charge les représentants apparus au Congrès d'agir auprès de leurs gouvernements de sorte que tous les bureaux d'identification, qui échangent déjà des cartes de signalement, fassent parvenir des doubles empreintes digitales de tous les criminels internationaux au bureau de Copenhague établi pour l'identification à distance afin de faire rédiger un registre complet de ces criminels.

Der Kongreß beauftragt ferner die erschienenen Vertreter von Polizeibehörden, bei ihren Regierungen mit allem Nachdrucke dahin zu wirken, daß in ihrem Landesgebiete das Fernidentifizierungsverfahren von Hakon Jörgensen eingeführt wird, und zwar:

1. durch Ausbildung von mindestens 2 Sachverständigen bei jeder daktyloskopischen Landeszentrale und

2. durch entgeltlichen Bezug des vom Fernidentifizierungsbureau herausgegebenen Buchregisters.

Der Kongreß erklärt die Anwendung der Hypnose zum Zwecke der Erforschung krimineller Tatbestände als unzulässig.

Der Kongreß erklärt es für wünschenswert, daß die Polizeibehörden der verschiedenen Staaten das Recht erhalten, sich wegen Feststellung der Heimatsberechtigung von Ausländern, die auszuweisen sind, direkt aneinander zu wenden.

Ferner sollten die Staaten ein internationales Übereinkommen darüber schließen, daß die Kosten des Transportes solcher Ausländer von dem Staate bezahlt werden, in dem der Ausgewiesene heimatsberechtigt ist.

Der Kongreß hat es für erstrebenswert erklärt:

1. Daß sämtliche Behörden sich dahin einigen, einschlägige Anfragen in Schubangelegenheiten postwendend, oder doch unverzüglich zu erledigen, und daß dieser Zwang der raschen Erledigung auf die bei den Heimatskorrespondenzen in der Regel anzurufenden politischen Verwaltungs-, sowie auf die zur Erhebung heranzuziehenden Gemeindebehörden, die ja über die Frage der Zuständigkeit gewöhnlich Auskunft zu geben haben, ausgedehnt wird;

2. daß insbesondere die Aufhebung der sogenannten Übernahmserklärungen und das Zugeständnis der einzelnen Regierungen anzustreben wäre, daß die Anerkennung der Heimatsberechtigung, respektive der Staatsbürgerschaft, schon zur Übernahme des Schüblings an der Grenze ausreiche.

Der Kongreß hat es für wünschenswert erklärt, daß die einzelnen Regierungen die Ausbildung der Polizeibeamten, insbesondere auf kriminalpolizeilichem Gebiete, durch Ermöglichung von Studienreisen unterstützen.

Le Congrès charge de plus les délégués apparus d'agir énergiquement auprès de leurs gouvernements afin que le système de Jörgensen soit accepté dans leur territoire.

1. Dans ce but chaque bureau d'identification devra avoir deux experts et

2. se procurera le registre rédigé par le bureau d'identification de Copenhague.

IX.

Le Congrès déclare inadmissible l'emploi de l'hypnose comme moyen d'instruction.

X.

Le congrès déclare, qu'il est désirable que les autorités des divers états soient autorisées de s'entendre directement sans aucune médiation dans le cas où il s'agit de constater le droit de domicile des étrangers à bannir.

Le congrès propose de plus que tous les états concluent un traité collectif selon lequel l'état, où cet étranger possède le droit de domicile, paie les frais du transport.

XI.

Le congrès déclare qu'il est désirable

1. que tous les réquisitions concernant le renvoi forcé des étrangers à leur pays natal soient expédiées par exprès par toutes les autorités qui s'en occupent.

2. que pour la réception d'une personne bannie à la frontière suffit la simple reconnaissance du droit de domicile, resp. de l'indigénat sans déclaration formelle de réception.

XII.

Le congrès propose que les divers gouvernements soutiennent les instructions des fonctionnaires de police en leur donnant l'occasion de faire des voyages dans l'étranger pour compléter les expériences surtout en ce qui concerne les services criminels.